

## EINWOHNERRAT

### PROTOKOLL

der 14. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2004-2008)

---

Sitzungsdatum: 19. Oktober 2005  
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil  
Sitzungsdauer: 18.00 – 21.10 Uhr

---

Präsenz  
Einwohnerrat: Vorsitz Iris Zihlmann-Glanzmann, Präsidentin Einwohnerrat  
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Dr. Anton Lauber, Präsident  
Nicole Nüssli-Kaiser, Vizepräsidentin  
Roman Meury  
Heinz Giger  
Robert Vogt  
Arnold Julier  
Saskia Schärer

Gemeindeverwaltung: Max Kamber, Gemeindeverwalter  
Andreas Weis, Sekretariat Einwohnerrat (Protokoll)

Gäste:  
Entschuldigt:  
Abwesend: Peter Hauser  
Sarah Lorenz  
Ursula Steiner  
Peter v. Arx

---

### Bereinigte Traktandenliste

1. Bericht des Gemeinderates vom 14.09.2005 betreffend Ersatzwahl eines Mitglieds der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission anstelle der zurückgetretenen Juliana Weber Killer, SP/EVP-Fraktion Geschäft 3629
2. Bericht des Gemeinderates vom 14.09.2005 betreffend Ersatzwahl eines Mitglieds der Verkehrs- und Planungskommission anstelle des zurückgetretenen Felix Keller, CVP-Fraktion Geschäft 3630

3. Bericht des Gemeinderates vom 14.09.2005 betreffend Ersatzwahl eines Ersatzmitglieds der Verkehrs- und Planungskommission anstelle der zurückgetretenen Sarah Lorenz, CVP-Fraktion Geschäft 3631
4. Bericht des Gemeinderates vom 20.04.2005 und der Verkehrs- und Planungskommission vom 23.06.2005 betreffend betreffend Quartierplanung "Holeepark" Geschäft 3593/A
5. Bericht des Gemeinderates vom 13.07.2005 und der Verkehrs- und Planungskommission vom 22.09.2005 betreffend Bewilligung eines Verpflichtungskredites in der Höhe von CHF 2'050'000.—inkl. MWST für die Erstellung eines "Begegnungszentrums/Robinson-Spielplatzes" am Hegenheimermattweg (Parzelle A263) Geschäft 3615/A
6. Bericht des Gemeinderates vom 13.04.2005 betreffend Einführung umfassender Blockzeiten in den Kindergärten Geschäft 3542
7. Motion von Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion, vom 20.04.2005 betreffend Fördermassnahmen berufliche Integration Geschäft 3600
8. Motion von Josua Studer, SVP-Fraktion, vom 25.05.2005 betreffend Aufhebung der Partnerschaft mit Blaj Geschäft 3603
9. Motion von Josua Studer, SVP-Fraktion, vom 25.05.2005 betreffend Aufhebung der Partnerschaft mit Pfullendorf Geschäft 3604
10. Interpellation von Ursula Pozivil, FDP-Fraktion, vom 20.04.2005, betreffend "Einsprache von Allschwil gegen den Röhrenspeicher für Erdgas" Geschäft 3599

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER des Gemeinderates
- FRAGESTUNDE

### **Der Protokollführer**

Andreas Weis

---

### **Einwohnerratsprotokoll Nr. 14 vom 19.10.2005**

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

### **Die Präsidentin des Einwohnerrates Allschwil**

Iris Zihlmann-Glanzmann

## Begrüssung / Mitteilungen der Präsidentin

**Iris Zihlmann-Glanzmann**, Präsidentin, begrüsst die Anwesenden und übergibt zunächst das Wort an Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident.

Gemeindepräsident **Dr. Anton Lauber** begrüsst Robert Vogt als neuen Gemeinderat. Nachdem sich der Gemeinderat am 19. Oktober 2005 neu konstituiert hat, übernimmt Robert Vogt das Departement Tiefbau/Umwelt. Ebenfalls rückt er in allen Funktionen (Kommissionen, Arbeits- und Projektgruppen) nach, welche alt Gemeinderat Paul Schüpbach inne hatte.

**Iris Zihlmann-Glanzmann**, Präsidentin, bittet im Namen des Büros die Einwohnerratsmitglieder sich künftig deutlich mit der gelben Stimmkarte für die Rednerliste zu melden.

## Traktandenliste

://:

1. Auf Antrag der SP/EVP-Fraktion wird das Traktandum 1, Geschäft 3629, Ersatzwahl eines Mitglieds der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission anstelle der zurückgetretenen Juliana Weber Killer, SP/EVP-Fraktion, von der Traktandenliste abgesetzt.
2. Auf Antrag des Büros des Einwohnerrates wird, gestützt auf § 90 der Geschäftsordnung des Einwohnerrates, mit **27 Ja-Stimmen** beschlossen, Traktandum 4, Geschäft 3593/A, Quartierplanung „Holeepark“, in nur einer Lesung durchzuführen.

## Neue parlamentarische Vorstösse

keine

## Rücktritte aus dem Parlament / Neue Parlamentsmitglieder

Mit Schreiben vom 28. September 2005 hat Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion, ihren Rücktritt per sofort aus der Umweltkommission bekannt gegeben.

Mit e-mail vom 17. Oktober 2005 hat Karin Käser Thalheim, SP/EVP-Fraktion, ihren Rücktritt aus dem Einwohnerrat per 01.01.2006 bekannt gegeben.

Mit Schreiben vom 17. Oktober 2005 hat Ursula Steiner, SP/EVP-Fraktion, ihren Rücktritt per 31.12.2005 aus dem Einwohnerrat bekannt gegeben.

---

110    01.030    Einwohnerrat  
      01.032.002    Finanz- und Rechnungsprüfungskommission

**1. Bericht des Gemeinderates vom 14.09.2005 betreffend  
Ersatzwahl eines Mitglieds der Finanz- und Rechnungsprüfungs-  
kommission anstelle der zurückgetretenen  
Juliana Weber Killer, SP/EVP-Fraktion      Geschäft 3629**

---

://: Abgesetzt auf Antrag der SP/EVP-Fraktion.

111    01.030    Einwohnerrat

---

01.032.003 Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen

**2. Bericht des Gemeinderates vom 14.09.2005 betreffend  
Ersatzwahl eines Mitglieds der Verkehrs- und Planungs-  
kommission anstelle des zurückgetretenen Felix Keller, CVP-Fraktion  
Geschäft 3630**

---

://: Als Mitglied der Verkehrs- und Planungskommission anstelle des zurückgetretenen Felix Keller, CVP-Fraktion, wird Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion, **in stiller Wahl** gewählt.

MITTEILUNG AN:

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion (als Wahlanzeige)  
Felix Keller, CVP-Präsident  
Beat Meyer-Zehnder, Fraktionspräsident CVP-Fraktion  
Daniela Jörin, Kommissionsverzeichnis  
Markus Rudolf-von-Rohr, Gemeindeverwalter-Stv. (Mutationen)

---

112 01.030 Einwohnerrat  
01.032.003 Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen

**3. Bericht des Gemeinderates vom 14.09.2005 betreffend  
Ersatzwahl eines Ersatzmitglieds der Verkehrs- und Planungs-  
kommission anstelle der zurückgetretenen Sarah Lorenz, CVP-Fraktion  
Geschäft 3631**

---

://: Als Ersatzmitglied für die zurückgetretene Sarah Lorenz, CVP-Fraktion, wird **Felix Keller**, CVP-Fraktion, in die Verkehrs- und Planungskommission gewählt.

MITTEILUNG AN:

Felix Keller, CVP-Fraktion (als Wahlanzeige), Präsident CVP  
Beat Meyer-Zehnder, Fraktionspräsident CVP-Fraktion  
Daniela Jörin, Kommissionsverzeichnis  
Markus Rudolf-von-Rohr, Gemeindeverwalter-Stv. (Mutationen)

---

113 01.001 Reglemente/Rechtserlasse, kommunal  
11.100 Raumplanung/Zonenplanung

**4. Bericht des Gemeinderates vom 20.04.2005 und der Verkehrs-  
und Planungskommission vom 23.06.2005 betreffend  
betreffend Quartierplanung "Holepark" Geschäft 3593 / A**

---

**Dr. Guido Beretta**, Präsident der Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen (VPK), teilt mit, dass die VPK die GR-Vorlage beraten und festgestellt habe, dass auf dem Areal „Holepark“ ein interessanter Wohnungsmix von qualitativ guten und grosszügigen Wohneinheiten vorgesehen sei. Gemäss verschiedenen Studien in Allschwil wurde dies auf dem Allschwiler Bann vermisst. Zudem habe man dem kostbaren Baumbestand auf diesem Areal Rechnung getragen. Auf Grund des vorgesehenen Quartierplans werde eine parkähnliche Überbauung möglich sein: dies bedeute wenige Baukörper mit unterirdischem Parking. Lediglich die Dachform der vorgesehenen Kuben habe zu ernsthaften Diskussionen in der VPK geführt. Einerseits würden Flachdächer nicht in dieses Quartier passen, andererseits müssten, bei der Realisierung von Satteldächern, die Stockwerke reduziert werden und der Investor könnte allenfalls - um die gleiche Ausnutzung zu haben - auf die Idee kommen, einen weiteren Baukubus in dieses Areal zu stellen. Zudem habe man festgestellt, dass die Gemeindebehörden ein grosses Mitspracherecht hätten, was die Wahl der Materialien, Formen und Farben anbelange. Es werde einen verbindlichen Umgebungsplan geben, worüber der

Gemeinderat befinden könne. Die VPK könne sich hinter die Vorlage stellen und er beantragt, einstimmig den Anträgen zuzustimmen.

**Roman Meury**, Departementsvorsteher Hochbau/Raumplanung, führt an, dass man eine ausserordentlich intensive Planungsphase abgeschlossen habe und er sich kaum erinnern könne, dass für eine Quartierplanung in dieser Grösse eine ähnlich grosse, variantenreiche Untersuchung stattgefunden habe wie im Fall „Holeepark“. Man habe auch die kantonalen Stellen sehr intensiv miteinbezogen (Arealbaukommission, Chef vom Planungsamt. Für Details siehe auch Planungs- und Begleitbericht). Sogar Ideen der Mitglieder des Bauausschusses seien in die Planung miteinbezogen worden. Er sei daher davon überzeugt, dass hier das absolut bestmögliche Projekt vorliege, welches auch den parkähnlichen Charakter beibehalte. Er bittet daher den Rat, auf den Quartierplan und dieses Projekt einzutreten.

#### DETAILLBERATUNG

**Felix Keller**, CVP-Fraktion, unterstützt namens seiner Fraktion diese Vorlage. Die Quartierplanung habe einen langen Prozess durchgemacht und sei – wie bereits erwähnt – für diese Lage optimiert worden. Es sei ein tolles Projekt mit attraktiven Bauten, tollen Wohnungen, sie entspreche also einem echten Bedürfnis für Allschwil. Mit dem gewählten Quartierplan-Verfahren werde auch den ökologischen Rahmenbedingungen grösste Beachtung geschenkt. Da die mögliche Nutzung in die Vertikale ausgedehnt worden sei, könne ein Maximum an Grünflächen bewahrt sowie an dem wertvollen, alten Baumbestand festgehalten werden. Begrüssenswert seien die Flachdächer, die begrünt und somit weitere wertvolle ökologische Ausgleichsflächen schaffen würden. Eine wirkliche Alternative zu diesem Quartierplan gebe es nicht, Reiheneinfamilienhaussiedlungen gebe es schon genügend in Allschwil. Als weiterer Vorteil dieses Quartierplanes sei zu erwähnen, dass die Gemeinde Infrastrukturbeiträge einfordern könne (CHF 50'000) und Allschwil komme zudem gratis zu rund 250 m<sup>2</sup> Landfläche, die sie beanspruchen könnte, käme es zu einer Verbreiterung des Holeewegs.

**Armin Bieri**, SP/EVP-Fraktion, erläutert, dass er persönlich sowie im Namen der SP/EVP-Fraktion den vorgesehenen Quartierplan ohne allzu grosse Begeisterung zur Kenntnis genommen habe, es könne ihm aber mehr oder weniger zugestimmt werden. Essenziell sei für die SP/EVP, dass an dem Baumbestand festgehalten werde. Hauptproblem sei ebenfalls die Wahl der Dachform gewesen. Da es grosse Häuser seien, würden Satteldächer in das ohnehin bereits sehr schattige Gebiet noch mehr Schatten werfen; begrünte Flachdächer wären also klar vorteilhafter. Als weiteren Nachteil erachte die SP/EVP, dass die Eigentumswohnungen zwar sehr grosszügig ausfallen würden, somit aber auch sehr teuer (Kaufpreis: CHF 5000.--/m<sup>2</sup>) würden.

Auch **Hans-Peter Frey** und die FDP-Fraktion stimmen dem Quartierplan in dieser Form zu. Das Bauvorhaben verspreche grosszügige, offene Wohneinheiten, die man in Allschwil auch gebrauchen könne, dies im Gegensatz zu „gewissen anderen, batterieartigen“ Siedlungen, die zonenkonform umgesetzt worden seien. Einzig Bedenken habe die FDP-Fraktion betreffend der Höhe der geplanten Liegenschaften, die vor allem für die Erdgeschosswohnungen sehr bedrückend sein könnte. Doch in der Hoffnung, dass auch diese Bedenken noch ausgeräumt werden könnten und sich das Bauvorhaben nicht noch länger in die Länge ziehen werde, sondern bald realisiert werden könne, stimme die FDP-Fraktion dieser Vorlage zu.

**Bruno Steiger**, SD-Fraktion, wundert sich, dass man punkto einheitliches Ortsbild sehr liberal geworden sei. Es gehe offenbar darum, dass alles „auf Teufel komm raus“ verbaut, verbetoniert werde. Immer mehr neue Wohnungen würden geschaffen und irgendwann werde diesbezüglich auch der letzte Baum gefällt. Das Land gehöre Privaten, die letztendlich selber darüber entscheiden, was mit ihrem Grund und Boden geschehe. Einzig bleibe die Hoffnung, dass die neuen Wohnungen auch mit den „richtigen“ Leuten besetzt würden, die die Mieten auch bezahlen könnten. Viel gebe es nicht mehr zu sagen, es sei viel darüber auf Papier vorhanden und in diesem Sinn bleibe nicht viel anderes, als der Vorlage zuzustimmen.

Es folgen keine weiteren Voten.

Betreffend Quartierplanreglement wird die 2. Vizepräsidentin, Susanne Studer gebeten, dieses vorzulesen.

§ 1 – keine Wortmeldungen

§ 2 – keine Wortmeldungen

§ 3 – keine Wortmeldungen

§ 4 – keine Wortmeldungen

§ 5 – keine Wortmeldungen

§ 6 – keine Wortmeldungen

§ 7 – keine Wortmeldungen

§ 8 – keine Wortmeldungen

§ 9 – keine Wortmeldungen

§ 10:

**Hans-Peter Frey**, FDP-Fraktion, fragt nach, wieweit man die Vorgaben des kantonalen-Entwässerungsplanes (GEP) bei der Planung der Infrastruktur berücksichtigt habe. Weiter möchte er wissen, ob bezüglich der Energiesparmassnahmen schon ein Konzept bestehe.

Roman Meury, Departementsvorsteher Hochbau/Raumplanung, stellt klar, dass betreffend Entwässerung ein Kanalisationsgesuch zusammen mit dem Baugesuch eingereicht werden müsse. Aus den Häusern müsse das Abwasser nach getrenntem System ausgeführt werden. Im Rahmen des Kanalisationsgesuchs müsse ebenfalls geprüft werden, in welchem Zustand die Kanalisation sei und ob ein getrenntes System erst nach ein paar Jahren erforderlich werde. Betreffend Heizung sei zu erwähnen, dass keine detaillierten Vorgaben bestünden. Sinn mache ein möglichst gemeinsames und umweltfreundliches System. Ein Anschluss an ein Blockheizkraftwerk – durchaus wünschenswert für ein Projekt in dieser Grösse – sei aber leider auf Grund der Distanzen zum nächsten Werk nicht möglich.

§ 11 – keine Wortmeldungen

§ 12 – keine Wortmeldungen

§ 13 – keine Wortmeldungen

§ 14 – keine Wortmeldungen

Im Anschluss an die Lesung der Paragraphen folgt die Abstimmung betreffend die vorgeschlagenen Anträge gem. Gemeinderatsvorlage, Anträge VPK (Seite 5):

://:

Der Quartierplanung "Holeeweg", bestehend aus den Quartierteilplänen Nr. 1 und Nr. 2 und dem Quartierplanreglement, **wird mit 32:1 Stimmen zugestimmt** und dem Regierungsrat BL zur Genehmigung vorgelegt.

---

Die öffentliche Urkunde betreffend Quartierplanvertrag **wird mit 32:1 Stimmen zur Kenntnis** genommen.

114 11.140 Gemeindeprojekte

**5. Bericht des Gemeinderates vom 13.07.2005 und der Verkehrs- und Planungskommission vom 22.09.2005 betreffend Bewilligung eines Verpflichtungskredites in der Höhe von CHF 2'050'000.—inkl. MWST für die Erstellung eines "Begegnungszentrums/Robinson-Spielplatzes" am Hegenheimermattweg (Parzelle A263) Geschäft 3615 / A**

---

Der Präsident der Verkehrs- und Planungskommission (VPK), **Dr. Guido Beretta**, führt aus: Die Gebäuderäumlichkeiten auf dem Robinsonspielplatz seien rund 24-jährige Baracken, deren Zustand nicht mal dem heutigen Mindeststandard entsprächen. Der Einwohnerrat habe vor Jahren ein Postulat von Arnold Julier, CVP-Fraktion, zur Schaffung eines Familienzentrums überwiesen. Die vorliegende Vorlage vereinige diese beiden Themen. Die VPK habe sich dem Konzept Robinsonspielplatz und dem Konzept betreffend Schaffung eines Begegnungszentrums eingehend angenommen. An diesem Standort sollen – wie bis anhin – nicht nur eine niederschwellige Sozial-, Erziehungs- und Drogenberatung vorgesehen sein, neu dazu kommen soll auch die Mütter- und Väterberatungsstelle sowie die Alkoholberatungsstellen. Die Beratungen fänden zu verschiedenen Zeiten in zum Teil gemeinsamen Räumlichkeiten statt.

Vorgesehen in diesem Gebäude sei eine Gasheizung. Innerhalb der VPK seien auch Alternativen geprüft worden, so etwa die so genannte Pellet-Heizung und eine Heizung mit Solarkollektoren. Diese sollte auch zur Aufbereitung des Warmwassers dienen. Es gelte nun, über den Heizungstyp zu beraten sowie über den entsprechenden Beschaffungskredit abzustimmen.

**Roman Meury**, Departementsvorsteher Hochbau/Raumplanung, betont, dass Allschwil mit dem jetzigen Robinsonspielplatz und dem JFZH über ein in unserer Region einmaliges, nachhaltiges Angebot verfüge, welches souverän und hervorragend geleitet und organisiert werde. Trotzdem müssten von Zeit zu Zeit bauliche Massnahmen ergriffen werden, da die Baracken heute in einem sehr schlechten Zustand seien und somit mehr schlecht als recht unterhalten werden könnten. Im Lauf der Jahre sei in diesem Sinne bereits ein Begegnungszentrum geschaffen worden, es treffe sich Jung und Alt, diverse Beratungen fänden regelmässig statt. Wirklich neu werde in den neuen Räumlichkeiten nur der Bereich „Kleinkinder/Spielgruppen“ sein, alles andere bestehe bereits. Im Rahmen der Kommissionsarbeit sei auf verschiedene Umfragen aufmerksam gemacht worden. Der Kostenpunkt habe einen sehr grossen Schwerpunkt eingenommen. Der Departementsvorsteher bittet, auf die Vorlage einzutreten. Sollte dies der Fall sein, würde er gerne zu einem späteren Zeitpunkt noch detaillierter auf diese Pellet-Heizung eingehen.

**Heinz Giger**, Departementsvorsteher Bildung-Erziehung-Kultur, nimmt das Wort von Roman Meury auf. Der Robinsonspielplatz und das JFZH sei lange schon Begegnungszentrum und Treffpunkt für viele Allschwiler. Die Mitarbeiter, die dort arbeiten, hätten über Jahre hinweg und mit viel Ehrgeiz und hohem Engagement erreicht, dass der Robi/das JFZH bereits seit längerem zum Begegnungszentrum geworden sei. Auf die Ausgangslage, das Postulat von Arnold Julier, zurückkommend, habe der Gemeinderat dieses Projekt als wünschenswert und realisierbar in seine strategische Planung aufgenommen. Eine Arbeitsgruppe sei beauftragt worden, ein entsprechendes Konzept zu erarbeiten. In diesem habe man vor allem dem gemeinschaftlichen Bedürfnis Rechnung getragen, denn an Einrichtungen wie dieser werde auch die Attraktivität einer Gemeinde gemessen. Wie bereits von Roman Meury erwähnt, seien die Eigenleistungen, die der Robi-Verein und die IG Kind zur Realisation dieses Projektes beitragen, äusserst bemerkenswert. Präzise und zielorientiert würden Anlässe organisiert und der Gewinn optimal

reinvestiert wie selten in einer ähnlichen Institution. Heinz Giger spricht seine Gratulation hierzu an das Robi/JFZH-Team aus. Die Bauarbeiten, falls das Projekt befürwortet wird, sollen ab Mitte 2006, die Inbetriebnahme ab Oktober 2006 vorgesehen sein. Heinz Giger bittet die Räte auf die Vorlage einzutreten und dem Projekt zuzustimmen.

#### EINTRETENSDEBATTE

**Bruno Steiger**, SD-Fraktion, votiert, dass er damit einig sei, dass die Gemeinde Allschwil im Vergleich mit dem Kanton mit dem jetzigen Robi und JFZH eine tolle Infrastruktur habe, mit der man sich nicht verstecken müsse. Er verstehe auch, dass die 24-jährigen Baracken nicht mehr dem heutigen Standard entsprächen. Nicht nachvollziehbar sei für ihn jedoch das Bedürfnis nach neuen Räumlichkeiten, welches einen Verpflichtungskredit von sage und schreibe CHF 2 Mio. nach sich zöge. Für einen Bruchteil dieses Geldes könne z.B. aus alten Armeebeständen ein zweckmässiger Ersatz für die ausgedienten Baracken geschaffen werden und das Problem wäre gelöst. Was den eigentlichen Teil dieser Vorlage, das sog. Begegnungszentrum betrifft, werde dieses Projekt mit sehr fragwürdigen Argumenten angepriesen wie etwa die Veränderung der gesellschaftlichen Entwicklung, der Wandel von Familienstrukturen und der Ausbau von Sozial- und Erziehungsberatungen etc. Immer mehr private Angelegenheiten sollen offenbar auf den Buckel des Staates abgewälzt werden, die Eigenverantwortung gewisser Personen bleibe auf der Strecke und noch mehr Begehrlichkeiten würden geweckt. Angesichts der finanziellen Situation der Gemeinde Allschwil erachtet er es als sehr bedenklich, dass ein „offenbar vom Sozialromantikfieber befallener Gesamtgemeinderat“ und die Mehrheit der VPK zum jetzigen Zeitpunkt überhaupt eine solche Vorlage auf den Tisch bringe. Er beantragt „Nichteintreten“, angesichts der momentanen finanziellen Lage der Gemeinde.

**Mario Berlusconi**, SD-Fraktion, wirft die Frage auf, was dieses Projekt für Folgekosten nach sich ziehen werde. Da alles in einem grösseren Rahmen geplant sei, brauche es mehr Gebäudeunterhalt, mehr Personal, mehr Reinigung, mehr Heizung, etc. Folgekosten also, von denen heute niemand spreche. Zudem seien betreffend Drogenberatung ebenfalls einige Bedenken vorhanden. Kann ein Robi/JFZH der richtige Ort sein für so etwas? Was ist, wenn das Begegnungszentrum in ein so genanntes „Fixerstübli“ausartet?

#### EINTRETENSABSTIMMUNG

://: Der Antrag der SD-Fraktion auf „Nichteintreten“ wird **mit grossem Mehr abgelehnt**.

#### DETAILBERATUNG

**Roman Meury**, Departementsvorsteher Hochbau/Raumplanung, ergänzt - wie angekündigt - betreffend Pellet-Heizung folgendes: Die VPK habe in ihren Diskussionen dieses Heizsystem eingehend geprüft und könne es nur befürworten. Für eine Pellet-Heizung benötigte es einen ca. 12 m<sup>2</sup> grossen, aus textilem Material bestehenden Tank, wo so genannte Pellets, eine Art Holzröllchen, gepresst aus Sägeabfällen von einer Schreinerei in Balsthal (für diesbezügliche Details steht R. Meury gern zur Verfügung) ca. 3 mal pro Saison herein geblasen werden. Dieser Tank käme in den jetzigen Keller, was kein Problem wäre für den Robi/JFZH-Betriebsleiter. Die Pellets unterstünden einem Ökologie-Label. Dass jedoch nur und ausschliesslich Holzabfälle aus der Schweiz verwendet werden, könne nicht 100%ig garantiert werden. Was den Unterhalt betrifft, sei erwähnenswert, dass die Pellet-Heizung (bei der übrigens etwas Asche entsteht, die 4 bis 5 mal pro Jahr entsorgt werden muss) nur geringfügig teurer sei als die vergleichbare Gasheizung, wie sie derzeit im JFZH vorhanden ist. Abklärungen beim kantonalen Amt für Umweltschutz und Energie hätten ergeben, dass der Kanton BL Alternativenergien unterstütze. Es könne eventuell mit Förderbeiträgen seitens des Kantons gerechnet werden, die die Mehrausgaben der Variante mit Pellets wieder mindern würden. Eine genaue Zahl könne derzeit allerdings noch nicht genannt werden. Sollte das Baugesuch noch in diesem Jahr eingereicht werden, wäre noch Geld vorhanden. Sollte das Gesuch wie vorgesehen im Februar 2006 eingereicht werden, wäre wiederum die aktuelle

Budgetsituation des Kantons zu beachten. Doch sollte einer Subventionierung nichts im Wege stehen. Zudem werde mit dieser Heizungsart der Entsorgungsproblematik vieler Schreinereien Rechnung getragen.

**Heinz Giger**, Departementsvorsteher Bildung-Erziehung-Kultur, ergänzt im Zusammenhang mit den anfallenden Kosten (vgl. auch Betriebskonzept Robinsonspielplatz, Seite 13), dass nur mit zusätzlichen Reinigungskosten von CHF 10'000.— pro Jahr gerechnet werden müsse. Heizkosten seien ja schon bisher angefallen; dies ist also nichts Neues. Die niederschweligen Beratungsstellen würden keine zusätzlichen Kosten verursachen.

**Ursula Pozivil**, FDP-Fraktion, kann der Bewilligung des Verpflichtungskredits im Namen der FDP-Fraktion zustimmen. Die Erstellung eines Begegnungszentrums sowie eines neuen Robinsonspielplatzes mache die Gemeinde für viele Familien attraktiver. In den neuen Räumlichkeiten habe man an alle Bedürfnisse gedacht, sowohl an die der Kleinsten und Jüngsten wie auch an die der Jugendlichen und Erwachsenen. Anlass zu grösseren Diskussionen in der Fraktion habe ebenfalls die Heizung gegeben. Da bei der Variante Gas- oder Ölheizung stets mit steigenden Preisen zu rechnen sei, sei die Pellet-Heizung sehr begrüssenswert, innovativ, umweltgerecht (da CO2 neutral) und längerfristig preisgünstig. Einen grossen Dank richtet sie an den Robinson-Verein und die IG Kind, die sich an einem grossen Teil der Kosten mitbeteiligen werde. Die FDP-Fraktion unterstützt die Option 4 A des Kommissionsberichtes und die Erhöhung des Verpflichtungskredits um CHF 30'000.-- für die Anschaffung einer Pellet-Heizung.

**Juliana Weber**, SP/EVP-Fraktion, bekräftigt die allgemeine Meinung, dass die jetzigen Robi-Baracken veraltet sind. Dass neben einer Renovation nun auch ein Ausbau des Robinsonspielplatzes mit einer niederschweligen Sozial- und Erziehungsberatungsstelle geplant sei, begrüsse die SP/EVP-Fraktion sehr und könne dies nur unterstützen. Eine Beratung ohne Voranmeldung ermögliche rasches Handeln und bewirke so eine vermehrte Prävention. Es entstünde zudem eine Vernetzung des herkömmlichen Angebots, es werde eine Anlaufstelle für ein breiteres Publikum geschaffen und das langjährige Manko nach Räumlichkeiten für Vereins-, Partei und Familienanlässe werde vermindert. Dies alles zu bezahlbaren Konditionen. Das Bauvorhaben überzeuge zudem mit seiner Architektur, das Grundrisskonzept weise eine grosse Benutzerflexibilität auf, Kinder- und Erwachsenenbereiche würden räumlich voneinander abgetrennt. Im Weiteren werde mit dem verwendeten Material (Holz) eine nachhaltige und ökologische Bauweise angestrebt. Die SP/EVP-Fraktion unterstützt die Anträge der VPK, sei überzeugt von dem Projekt und möchte der Einwohnerschaft mit dem neuen Begegnungszentrum ein attraktives und kreatives Freizeitangebot sowie eine umfangreiche und kompetente Beratungsstelle zur Verfügung stellen.

**Mathilde Oppliger**, CVP-Fraktion, und ihre Fraktion freuen sich sehr über das Projekt. Dies umso mehr, als der Anstoss hierfür seinerzeit von dieser Partei gegeben wurde. Seit seiner Eröffnung im Sommer 1981 ist der Robinson-Spielplatz in Betrieb und schreibe seit damals erfolgreich Geschichte. Als langjähriges, aktives Gründungsmitglied im Robi-Verein wisse sie was der Robi-Verein alles geleistet habe und wie glücklich die Kinder dort waren – und sind. Ein Neubau sei unabdingbar und dass er nun wie in der vorgesehenen Art realisiert wird, sei sehr erfreulich. Das neue Begegnungszentrum solle den Kindern und Jugendlichen ein Ort, ein Heim bieten, zu spielen, zu werken und sich sozial zu entwickeln und den Erwachsenen eine Möglichkeit, sich zu treffen und auszutauschen. Die CVP begrüsst die niederschwellige Beratungsstelle sehr. Sie unterstützt die Variante der Pellet-Heizung. Die Votantin erwähnt noch einmal den bemerkenswerten Betrag von CHF 170'000.-, der vom Robi-Verein eigens für diesen Bau erwirtschaftet und zur Verfügung gestellt werde.

**Basil Kröppli** und die SVP-Fraktion seien sich der Tatsache bewusst, dass die alten Baracken auf dem Robinsonspielplatz längstens nicht mehr gesetzeskonform seien. Das Bedürfnis nach einer Erneuerung sei überfällig geworden. Dennoch sei ein Kreditbegehren in der Höhe von über CHF 2 Mio. genauestens zu prüfen. Das Projekt sei kein Luxusprojekt, es sei ein gutes Projekt. Dennoch unterstütze die SVP die Variante der Pellet-Heizung nicht und es seien auch

gewisse Zweifel und Ängste betreffend der vorgesehenen Drogenberatung zu einer Ausartung in ein Gassenzimmer vorhanden. Mehrheitlich unterstützt die SVP-Fraktion jedoch dieses Projekt.

**Bruno Steiger**, SD-Fraktion, ist erstaunt, dass die SVP das Projekt nicht kritischer betrachtet. Um auf die von Heinz Giger erwähnten Reinigungskosten von CHF 10'000.— zurückzukommen, stelle sich die Frage, ob diese nicht eingespart werden könnten. Weshalb könnten die Reinigungsarbeiten nicht von den Betreibern und Verursachern selbst verrichtet werden? Zudem ziehe die SD in Betracht, den Antrag dem obligatorischen Referendum zu unterstellen, um zu schauen, ob tatsächlich die gesamte Bevölkerung hinter diesem Vorhaben sei.

**Hans-Peter Frey**, FDP-Fraktion, betont, dass es toll sei, dass auch etwas für die jungen Leute gemacht werde, nachdem ein 6 Mio-Kredit für die „Alten“ bewilligt wurde. Was an der Vorlage bemängelt werden könne und zuwenig zum Ausdruck komme, sei die fehlende, getrennte Darstellung zwischen dem eigentlichen Begegnungszentrum einerseits, der vorgesehenen Fläche von rund 220 m<sup>2</sup> für Beratungen und Mehrzweckräumlichkeiten und dem Ersatz der bisherigen Baracken und dem Gelände des Robinsonspielplatzes andererseits. Es bleibe die Frage, mit welchem Betrag der vordere Teil Richtung Hegenheimermattweg veranschlagt wurde. In dieser Vorlage seien die Zwischenetappen nicht ersichtlich. Nachdem fast auf den Tag genau vor 4 Jahren das Postulat von Arnold Julier für die Entstehung eines Begegnungszentrums zur Prüfung und Beratung eingereicht wurde, könne man heute über einen Vorschlag, der CHF 2.05 Mio kostet, abstimmen. Es könne der Vorlage zugestimmt werden, es handle sich hierbei um eine tolle Sache.

**Felix Keller**, CVP-Fraktion, ergänzt im Zusammenhang mit der Pellet-Heizung, dass auf Grund eines Artikels in einer Fachzeitschrift die Pellet-Heizung im Vergleich zum herkömmlichen Verfahren mit Gas- oder Öl sehr ökologisch sei, praktisch kein CO<sub>2</sub> abgebe. Allschwil zeige sich mit einer Pellet-Heizung also nicht nur ökologisch sondern auch innovativ und vorbildlich. Der Mehraufwand von CHF 30'000.— für dieses Heizverfahren rechtfertige sich also allemal.

**Heinz Giger** entgegnet auf das Votum von Bruno Steiger betreffend Reinigungspersonal und spricht die Verhältnismässigkeit an. Es könne nicht sein, dass Angestellte vom Robi/JFZH nach getaner Arbeit die eigenen Räumlichkeiten reinigen müssten. Im Begegnungszentrum sei eine professionelle Putz- und Reinigungsarbeit vorgesehen, entsprechend einem viel frequentierten, öffentlichen Publikumsverkehr. Ob die gesamte Allschwiler Bevölkerung das Projekt des Begegnungszentrums unterstütze, könne an dieser Stelle von ihm nicht beantwortet werden. Doch wisse er aus langjährigen Erfahrungen und Beobachtungen, dass gerade für Familien mit Kindern - unsere Zukunft - ein solches Begegnungszentrum mehr als wünschenswert sei. Um auf die Frage von Basil Kröppli zurückzukommen im Zusammenhang mit der Drogenberatung, sei hier gesagt, dass die Drogenberatung seit 8 Jahren ein Bestandteil des heutigen JFZH ist (vgl. Konzept, S. 9). Diese Institution werde von einem Psychologen betreut und es gehe nicht darum, diese zu einem Gassenzimmer auszubauen oder umzufunktionieren sondern darum, die seit 8 Jahren dem JFZH angegliederte Drogenberatungsstelle örtlich zu verschieben und im zukünftigen Begegnungszentrum zu beherbergen. Betreffend die vorerwähnte Anmerkung von H.P. Frey und seiner Frage vom Wandel des Postulats zur Vorlage könne er nur ausführen, dass hierzu zu gratulieren sei. Eigentlich sei das Postulat in höchst qualitativem Mass beantwortet worden. Doch sicherlich kann er H.P. Frey in diesem Punkt zustimmen, dass dies alles auch etwas differenzierter und in einzelnen Teilschritten hätte angegangen werden können.

**Jean-Jacques Winter**, SP/EVP-Fraktion, äussert sich dahingehend, dass die Pellet-Heizung für ihn nicht nur eine Alternativ-Heizung sei sondern auch eine Regionale, eine Schweizer-Heizung. Er stellt die Frage in den Raum, ob das JFZH nicht auch zu einem späteren Zeitpunkt von der Pellet-Heizung profitieren könnte, resp. im umgekehrten Fall das Begegnungszentrum vorerst nicht durch die Gasheizung vom JFZH geheizt werden könnte. Zudem werde mit keinem Wort mehr die Variante mit den Solarkollektoren erwähnt, die zusätzlich CHF 10'000.— koste.

Im Sinn von „das Eine tun, das Andere nicht lassen“ befürwortet J.J. Winter die Variante der Solarkollektoren ebenfalls, wodurch neben der Heizung mit Pellets die Sommermonate, gerade zur Aufbereitung von Warmwasser, überbrückt werden könnten. Von Vorteil wäre die zusätzliche Variante der Solarkollektoren auch deshalb, da kein Transport, keine Entsorgung, kein personeller Aufwand, keine Abgase entstünden. In jedem Fall also eine gute Lösung.

**Thomas Pfaff**, SP/EVP-Fraktion, dankt der VPK für ihre einerseits vielseitigen und weitsichtigen Bemühungen und Abklärungen, den beiden Vorschlägen sowie dem unterbreiteten Antrag. Andererseits fehlen jedoch die grundlegenden Fakten um den Anträgen gewissenhaft zustimmen zu können. Betreffend CO<sub>2</sub>-Emissionen konnte F. Keller zwischenzeitlich einiges klarstellen, unklar bleibe betreffend Pellets, mit welcher Energie diese gepresst würden. Betreffend Aussage von B. Steiger werde offenbar ein Referendum in Betracht gezogen. Wie teuer würde aber ein solches zu stehen kommen?

**Roman Meury**, Departementschef Hochbau/Raumplanung, beantwortet die Frage von J.J. Winter dahingehend, dass die rund 15-jährige Gasheizung im JFZH bald einmal aussteigen werde. Sie könne jederzeit durch die Pellet-Heizung ersetzt resp. ergänzt werden. Betreffend Sonnenkollektoren machen diese beim JFZH nicht viel Sinn, da dieses nicht sehr viel Warmwasser benötige. Zurückkommend auf die Frage von Th. Pfaff kann nur soviel beantwortet werden, dass die Pellets wohl mit Maschinen gepresst und hergestellt würden, die an das elektrische Stromnetz angeschlossen seien. Dass dieser Strom zu einem Teil aus Atomenergie gewonnen werde, dürfte allseits bekannt sein.

**Lucius Cueni**, SP/EVP-Fraktion, kommt auf das Votum von Th. Pfaff zurück und betont die Vorteile der Pellet-Heizung gegenüber einer Ölheizung deutlich. Er bittet die SVP um Äusserung ihrer Bedenken in diesem Zusammenhang, damit sie allenfalls an dieser Stelle ausgeräumt werden können.

Die Bedenken, die **Josua Studer**, SVP-Fraktion, seinerseits VPK Mitglied, äussert, belaufen sich rein auf die Frage des Kosten/Nutzenverhältnisses. Man solle die CHF 40'000.— für Pellets und Sonnenkollektoren einsparen, in diesem ohnehin bereits teuren Projekt. Dies zumal sich auch nicht abschätzen lässt, wie sich die Preise für Pellets entwickeln würden, da die Nachfrage nach Pellet-Heizungen in den kommenden Jahren vielleicht steigen werden.

Gemeindepräsident **Dr. Anton Lauber** erläutert, dass der Gemeinderat mit Strategiepapieren arbeite, die dem Einwohnerrat zur Kenntnisnahme unterbreitet werden. Dies sei erstmals im 1999, zum zweiten Mal im 2005 geschehen. Beide Male stehe in diesen Papieren klar und deutlich geschrieben, was das Begegnungszentrum sei und wo der Gemeinderat Handlungsbedarf sehe. In diesem Zusammenhang verweist er auf das Budget 2005 und darauf, dass Bruno Steiger dort rebellierte habe in Bezug auf die CHF 300'000.— für die Projektierung des Begegnungszentrums. Der Einwohnerrat habe intensiv darüber diskutiert und den Betrag letztendlich stehen lassen. Er, Dr. Anton Lauber, lege grossen Wert darauf, dass der Gemeinderat strategisch denkt und handelt – dies sei auch in diesem Fall klar geschehen.

**Jürg Gass**, SP/EVP-Fraktion, kommt zurück auf die Heizungsfrage und das Zusammenschliessen der bestehenden Heizung mit der neuen Pellet-Heizung. Er äussert seine Bedenken, ob denn eine Pellet-Heizung, bei Versagen der alten Heizanlage, allein ausreichend für die ganze Fläche des Robis/JFZH wäre.

**Dr. Guido Beretta**, FDP-Fraktion, meint, dass die Gemeinde Allschwil endlich Vorbildfunktion übernehmen könne, was die Wahl der Heizung betreffe, nachdem sie meistens den anderen selbst Vorschriften diesbezüglich mache (zum Beispiel in Quartierreglementen). Es sei an der Zeit, selber entsprechend zu handeln und dem Rat eine ökologisch sinnvolle Lösung vorzuschlagen, auch wenn sie schlussendlich etwas teurer werde.

**Bruno Steiger**, SD-Fraktion, schlägt vor, die Idee der Pellet-Heizung endlich zu begraben, da anscheinend keine Lehren aus jüngster Vergangenheit gezogen werden konnten und verweist

in diesem Zusammenhang auf den Nachtragskredit für das Verwaltungsgebäude, bei dem für die Heizung viel Geld verloren gegangen sei.

Gemeindepräsident **Dr. Anton Lauber** nimmt Stellung betreffend der Kosten eines Referendums, welches Bruno Steiger möglicherweise ergreifen möchte. Diese Kosten betragen ca. CHF 20'000.--.

**Roman Meury**, Departementsvorsteher Hochbau/Raumplanung, betont eindringlich, dass betreffend des Verwaltungsgebäudes kein Nachtragskredit wegen Überschreitung, sondern auf Grund der unvollständigen Vorlage nötig geworden war – damals sei übrigens noch Bruno Steiger der zuständige Hochbauchef gewesen. Man habe in der Vorlage schlicht vergessen, die Teuerung zu verlangen. Der Finanzbedarf hierfür konnte dann vom Einwohnerrat festgestellt und entsprechend bewilligt werden.

**Max Amsler**, SD-Fraktion, verweist auf das Friedhofsdebakel und befürwortet ein Referendum. Sofern das Volk dem Projekt zustimme, sei dies zu akzeptieren. Man solle nicht vergessen, dass die Einwohnerräte vom Volk gewählt seien, man dürfe nicht am Volk vorbei solche Projekte beschliessen. Für solche Kosten wolle am Ende niemand die Verantwortung übernehmen.

#### Abstimmung

Antrag der Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen:

**:::** Mit 27:7 Stimmen wird die Variante Pellet-Heizung (Option 4a im Bericht der Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen) angenommen.

Antrag der Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen

**:::** Mit 18:10 Stimmen wird die Variante der Solarkollektoren (Option 4b im Bericht der Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen) abgelehnt.

**Der obsiegende Antrag der VPK (Option 4a) wird dem Antrag 1 des Gemeinderates (Verpflichtungskredit über CHF 2'080'000.—inkl. MwSt.) gegenübergestellt.**

1. Für die Erstellung eines „Begegnungszentrums/Robinson-Spielplatz“ am Hegenheimermattweg (Parzelle A 263) wird **einem Verpflichtungskredit in Höhe von CHF 2'080'000.— inkl. Mwst (mit Holzpelletheizung) mit 27:8 Stimmen zugestimmt.**
2. Eine allfällige Baukostenteuerung (Index April 2005 = 110.2 Punkte, Basis April 1998 = 100 Punkte) wird **mit 32:3 Stimmen genehmigt.**
3. Vom Kostengenauigkeitsgrad von +/- 5% **wird mit 29:3 Stimmen Kenntnis genommen.**
4. Der Gemeinderat wird **mit 32:3 Stimmen beauftragt**, für die Begleitung der Projektierungs- und Ausführungsarbeiten eine begleitende Baukommission zu wählen und einzusetzen.

Antrag **Bruno Steiger**, SD-Fraktion auf Beschluss des Behördenreferendums:

Bevor es zur Abstimmung über den schriftlichen Antrag von Bruno Steiger, SD-Fraktion, kommt, äussert sich **Dr. Ivo Corvini**, CVP-Fraktion, dahingehend, dass aus den Voten von Bruno Steiger nicht deutlich hervorkam, ob dieser Antrag auf ein Behördenreferendum definitiv gemeint war, wie es nun anscheinend der Fall sei. Er

lehne diesen Antrag deutlich ab. Dies nicht aus finanziellen Gründen über die Kosten der Abstimmung sondern aus sachlichen Gründen, wie er deutlich betont. Der Betrag sei deutlich, um ca. CHF 1.0 Mio., unter der Schwelle, welche ein Referendum verlangt. Zudem sei der Widerstand gegen die Vorlage im Einwohnerrat zu klein um daraufhin das Referendum zu verlangen.

**Hans-Peter Frey**, FDP-Fraktion, kann diesen Aussagen nur zustimmen. Der Einwohnerrat müsse selber Entscheidungen treffen können und nicht immer wieder das Volk fragen. Auch die SD müsse den im Einwohnerrat demokratisch getroffenen Entscheid akzeptieren.

**Bruno Steiger**, SD-Fraktion, bezieht sich auf die Voten von Corvini und Frey und meint, dass die Bürgerlichen vielleicht Angst vor einem Volksentscheid haben. Man müsse sich bewusst sein, dass das Volk nicht immer wisse, was es wähle. Häufig würden die Personen gewählt werden, ohne zu wissen, ob diejenigen auch die eigenen Interessen vertreten. Man müsse die Basis des Schweizer Volkes befragen, um zu einem demokratischen Entscheid in Sachfragen zu gelangen. Dies schaffe auch Vertrauen des Volkes in die Entscheide des Einwohnerrates. Er habe keine Angst vor der Meinung des Volkes.

**Dr. Guido Beretta**, Präsident Verkehrs- und Planungskommission, meint dass es nicht sachdienlich sein kann, eine Vorlage mit 30 und mehr Stimmen anzunehmen und gleichzeitig ein Volksreferendum zu beschliessen. Nach Aussen würde dies ein verfälschtes Signal setzen und würde bedeuten, wir hätten Angst vor unserem eigenen Mut. Es sei Bruno Steiger nach wie vor unbenommen, das fakultative Referendum zu ergreifen.

5. Der schriftliche Antrag von Bruno Steiger, SD-Fraktion, auf Unterstellung der vorgenannten Beschlüsse unter das Behördenreferendum **wird mit 32:3 Stimmen abgelehnt**.

---

PAUSE

---

### **Infenster des Gemeinderates**

**Dr. Anton Lauber**, Gemeindepräsident, informiert darüber, dass der Gesamtgemeinderat eine Sitzung mit den sieben Landrätinnen und Landräten des Wahlkreises abgehalten habe, mit dem Ziel, die Position des Wahlkreises in Liestal zu stärken. Der Auslöser sei gewesen, dass der Kanton im Entwurf zum kantonalen Richtplan das linksufrige Bachgrabengebiet nicht als Arbeitsgebiet von kantonalen Bedeutung eingezont habe. Der Gemeinderat betrachte dies jedoch als Arbeitsgebiet von „ausserordentlicher Bedeutung“. Dies habe den Gemeinderat besonders befremdet. Im Bachgrabengebiet werde zur Zeit gebaut und neue Arbeitsplätze geschaffen. Es bestehe ein Biotech-Zentrum von regionaler Bedeutung für die Nordwest-Schweiz. Gleichzeitig sei Allschwil nicht als Siedlungsentwicklungsachse des Kantons bezeichnet worden. Mit den Landrätinnen und Landräten habe man die einzelnen Vernehmlassungen Allschwils diskutiert, detailliert beraten und in Kopie abgegeben. Absicht sei, künftig einen regelmässigen Kontakt und Austausch mit den Landrätinnen und Landräten zu pflegen, damit die Region Allschwil in Liestal noch besser vertreten werde.

Zum Thema der Zusammenarbeit mit den Parteipräsidien und Fraktionspräsidien signalisiert er die grundsätzliche Bereitschaft dazu. Man müsse diesbezüglich an ihn herantreten, sofern eine

engere Zusammenarbeit gewünscht sei. Es gehe vor allem um die strategische Ausrichtung, weniger um die Detailarbeit.

Weiter informiert Dr. Anton Lauber über die Situation der Trinkwasserbrunnen. Das kantonale Laboratorium habe bei seinen periodischen Überprüfungen (14-tägig) bei den Quellen Himmelrich und Sybillenhofquelle von Zeit zu Zeit Verunreinigungen festgestellt. Die 21 von den Quellen gespeisten Brunnen seien alle als Trinkwasserbrunnen zu behandeln, da nicht anders deklariert. Dies bedeute aber auch, dass die Qualität des Wassers immer 100%-tig sein müsse, es gebe hier keine Toleranzen. Man habe nun festgestellt, dass nach starken Regenfällen das Wasser Spuren von Fäkalbakterien, durch undichte Kanalisation, aufweisen könne. Da dies nicht zulässig sei, müsse man nun an 21 von den 52 Brunnen in Allschwil der Hinweis „kein Trinkwasser“ angebracht werden. Es gehe hier um 11 private Brunnen und 10 öffentliche. Darunter sei auch der Brunnen beim Restaurant Mühle. Dem Wasser dieses Brunnens schreibe man spezielle Wirkungen zu. Aber auch hier müsse man das Schild anbringen. Als Alternative käme der Bau einer Trinkwasseraufbereitungsanlage in Frage. Diese würde aber allein für diese zwei Brunnen einen Aufwand von rund CHF 80'000.—bedeuten. Wichtig sei aber zu betonen, dass nie eine Gefahr für die Bevölkerung bestanden habe. Es gebe aber im Lebensmittelbereich keine Toleranzen, deshalb müsse man nun so reagieren.

**Heinz Giger**, Departementsvorsteher Bildung-Erziehung-Kultur, informiert in seiner Eigenschaft als stellvertretender Stabschef des Gemeindeführungsstabes über den Chemiebrand letzter Woche in Muttenz. Er informiert darüber, dass eine Lagebeurteilung zwischen dem Stabschef des GFS, dem Chef Bevölkerungsschutz Basel-Landschaft, dem Stabschef des Katastrophenschutzes Basel-Stadt und ihm stattgefunden habe. Es sei relativ schnell klar gewesen, dass keine gesundheitsgefährdende Situation für Allschwil bestanden habe. Man habe daher beschlossen, auf eine Warnung der Bevölkerung zu verzichten. Die Telefonzentrale sei sofort besetzt und entsprechend instruiert worden. Es habe kein weiterer Handlungsbedarf bestanden. Die ergriffenen Massnahmen seien verhältnismässig und wirkungsvoll gewesen.

#### FRAGESTUNDE

**Saskia Schärer**, Departementsvorsteherin Einwohnerdienste und Sicherheit, beantwortet die Fragen von Verena Meschberger, SP/EVP-Fraktion, nach den Nachwuchsproblemen der Feuerwehr Allschwil. Die Allschwiler Feuerwehr habe tatsächlich Probleme damit, Nachwuchs zu finden. Dies hänge vor allem auch mit dem Image der Feuerwehr zusammen. Häufig werde die Feuerwehr als nicht wichtig angesehen. Der Einwohnerrat habe mit der Beschaffung der neuen Fahrzeuge ein deutliches Zeichen zu Gunsten der Feuerwehr gesetzt. Für Neuzugänger seien aber die Arbeitsbedingungen im alten Feuerwehrmagazin eher abschreckend. Sie hoffe, dass die bevorstehende Erneuerung des Magazins im nächsten Jahr auf die Zustimmung des Einwohnerrates und der Bevölkerung stossen werde.

Der Sollbestand der Feuerwehr Allschwil sei von der Feuerwehrkommission auf 75 Personen festgesetzt worden. In der Regel seien nur 50% des Bestandes im Alarmfall auch tatsächlich verfügbar. Die Mitgliederzahl sei rückläufig. Im Durchschnitt habe man seit dem Jahr 1982 einen Austrittsüberschuss von 2 Personen. Mittlerweile habe man eine durchschnittliche Mitgliederzahl von ca. 60 Personen. Damit könne die Feuerwehr Allschwil aber alle ihre Aufgaben wahrnehmen. Sie sei immer voll einsatzfähig.

Zum Teil habe die Feuerwehr Probleme mit der Freistellung der Feuerwehrmitglieder durch ihre Arbeitgeber für mehrtägige Kurse. Im Alarmfall gebe es jedoch keine Probleme. Rund ein Drittel aller Feuerwehrleute arbeite in Allschwil oder der näheren Umgebung. Diese seien auch tagsüber immer einsatzfähig.

Die Feuerwehrrekruten müssten im ersten Jahr ihrer Ausbildung einen einwöchigen Grundkurs absolvieren. Die Feuerwehr empfiehlt allen potentiellen Rekruten, die Frage der Freistellung vorab mit ihrem Arbeitsgeber zu besprechen.

Massnahmen gegen die Nachwuchsproblematik seien durch das Feuerwehrkommando und die Feuerwehrkommission mit einem Personalkonzept angegangen worden. Hier seien neue Strategien definiert worden. Das Image solle weiter verbessert werden. Es könnten bereits 18-jährige in die Feuerwehr eintreten. Das Auftreten solle professionalisiert werden. Auch intern würden Massnahmen (Fortbildung, Zielvorgaben, intensive Betreuung) ergriffen um die Fluktuation zu stoppen.

Das Kommando der Feuerwehr prüfe zur Zeit, ob eine Zusammenarbeit mit Jugendorganisationen zu einer Verbesserung der Nachwuchsproblematik führen könne.

Ein Zusammenschluss der Feuerwehren Allschwil und Schönenbuch sei zwar denkbar, aber dies sei eher ein politischer Entscheid. Bisher arbeite man sehr gut zusammen.

Ein Zusammenschluss könne aber auch das Nachwuchsproblem nicht lösen. Das Wissen um vermehrte Einsätze bei einem Zusammenschluss könne aus Gründen der häufigeren Einsätze aber auch Interessierte abschrecken.

Die Zusammenarbeit mit den anderen Stützpunktfeuerwehren funktioniert optimal.

**Verena Meschberger**, SP/EVP-Fraktion, bedankt sich für die ausführliche und professionelle Beantwortung der Fragen.

Fragen von **Thomas Pfaff**, SP/EVP-Fraktion.

**Heinz Giger**, Departementsvorsteher Bildung-Erziehung-Kultur, beantwortet die Fragen von Thomas Pfaff wie folgt: Die Schilder mit den Öffnungszeiten seien Ausfluss aus den Beratungen des Gemeinderates betreffend Alkohol- und Nikotinprävention auf den Schulhausarealen. In der Tat sei es richtig, dass widersprüchliche Angaben auf den Schildern zu lesen sind. Beim Muesmattweg-Eingang zum Hartplatz findet sich ein anderes Schild als am Eingang Seite Musikschule. Der Hinweis am Eingang Seite Musikschule beziehe sich auf das Beach-Volley-Ball-Feld. Grundsätzlich sei dieses von 09.00 bis 21.00 Uhr geöffnet. Bei der geplanten Anpassung der Schilder habe sich aber gezeigt, dass die Anpassungen ca. CHF 10'000.— kosten werde. Aus Kostengründen sei darauf verzichtet worden. Über die effektiv gültigen Öffnungszeiten der Areale seien die Schulhausabwarte informiert und würden die Benutzung entsprechend der Öffnungszeiten dulden.

Die Fragen werden wie folgt beantwortet:

1. Welche der genannten Nutzungszeiten gelten nun für den roten Hartplatz vor der Schwimmhalle tatsächlich?

Für den Hartplatz gelten die Zeiten, so wie sie auf dem Schild angeschrieben sind.

2. Beide Schilder stützen sich trotz unterschiedlicher Nutzungszeiten auf denselben "Beschluss Nr. 585 vom 14. August 2002" des Gemeinderates. Deshalb die Frage:
  - a. Was beinhaltet alles dieser GR-Beschluss Nr. 585 im Detail?

Den Inhalt des Gemeinderatsbeschlusses könne man dem Fragesteller in einem direkten Gespräch erläutern. Man könne hier nicht alles darlegen.

- b. Welchen Grundstücken in Allschwil wurden welche Nutzungszeiten für die Öffentlichkeit zugewiesen?

Auf den öffentlichen Anlagen und Schulhausplätzen gelten jeweils die Zeiten so, wie sie auf den Schildern ausgewiesen sind.

3. Sind die auf diesem Schild publizierten Nutzungszeiten gültig?  
Ja, die Nutzungszeiten sind gültig.

4. Wie wird das Auf- und Zuschliessen der Zugangstüre zu den angegebenen Zeiten sichergestellt?  
Dies wird durch die Hausabwarte sichergestellt/gewährleistet.

5. Wer entscheidet nach welchen Kriterien über eine wetterbedingte oder saisonale Sperrung des Beachvolleyballfeldes?  
Bei wetterbedingten Situationen ist der Schulhausabwart zuständig, bei saisonalen Schliessungen ist das die Hauptabteilungsleitung Hochbau/Raumplanung.

6. Wie wird eine wetterbedingte oder saisonale Sperrung des Beachvolleyballfeldes an der Zugangstüre publiziert?  
Eine Sperrung wird nicht publiziert, diese Anregung wird aber aufgenommen und bei Bedarf entsprechend praktiziert.

7. Besteht die Möglichkeit, bei oben genanntem Schild eine Telefonnummer anzubringen, wo man sich melden kann, wenn die Türe zu Nutzungszeiten versehentlich verschlossen ist?  
Die Anbringung einer Telefonnummer ist nicht notwendig. Dies bedeute immer auch einen Pikettdienst. Grundsätzlich sollte eine solche Situation, wie die vom Fragesteller vorgefundene, nicht passieren. Die Einrichtung eines ständigen Pikettdienstes ist aber nicht adäquat.

Eine Korrektur der Hinweise müsse angebracht werden, wie und auf welche Art werde aber noch untersucht.

**Thomas Pfaff**, SP/EVP-Fraktion, bedankt sich für die Beantwortung der Fragen.

**Lucius Cueni**, SP/EVP-Fraktion, fragt, ob es bei den Brunnen nicht möglich sei, ein Schild anzubringen, welches darauf hinweist, dass nur nach starken Regenfällen eine Gefahr für das Trinkwasser bestünde. Er habe Mühe damit, dass alte Brunnen, die seit hunderten von Jahren Trinkwasser liefern, nun nicht mehr genutzt werden dürften. Er fragt auch, woher die Verschmutzung komme und ob man diesen Ursachen auf den Grund gegangen sei.

Weiter fragt er, ob man Massnahmen zum Schutz der Personen getroffen habe.

**Dr. Anton Lauber** führt aus, dass die Entwicklung nicht allzu überraschend sei. Man habe schon mehrmals die Brunnen abstellen müssen. Auf Privatareal habe man diese Phasen mit Trinkwasser überbrückt. Da der Kanton seine Studie über längere Zeit gemacht habe, müsse man nun konsequent sein und Verbotsschilder montieren. Man wisse mittlerweile auch, dass offenbar gewisse Abwasserleitungen nicht 100% dicht seien. Aus diesen trete dann das Abwasser aus und verunreinige das Trinkwasser. Wolle man hier Abhilfe schaffen, müsse man die gesamte Kanalisation in diesem Bereich neu machen. Dies sei aber nach einiger Diskussion im Gemeinderat letztlich nicht befürwortet worden. Ein beschränktes Verbot (Bsp. : „nur nach 5 Tagen Regen nicht mehr trinken“) sei ebenfalls nicht praktikabel. Der Kanton habe im Übrigen die klare Vorgabe gegeben, wie die Brunnen anzuschreiben sind.

**Basil Kröpfli**, SVP-Fraktion, gibt zum Traktandum 5 folgende Erklärung ab:

Die SVP-Fraktion sei prinzipiell für das Begegnungszentrum und den Verpflichtungskredit von CHF 2'050'000.--. Sie sei aber gegen die zusätzlichen CHF 30'000.— gewesen. Auch wenn nun

der erhöhte Verpflichtungskredit angenommen worden sei, spricht sich die SVP-Fraktion für das Begegnungszentrum aus.

115 04.010 Kindergarten

**6. Bericht des Gemeinderates vom 13.04.2005 betreffend  
Einführung umfassender Blockzeiten in den Kindergärten  
Geschäft 3542**

**Heinz Giger**, Departementsvorsteher Bildung-Erziehung-Kultur, verweist zunächst darauf, dass die familienergänzenden Betreuungsformen zur Zeit einen grossen Stellenwert bei der Bevölkerung und den Medien einnehmen. Es gehe in erster Linie um Kindertagesstätten und Blockzeiten an den Schulen. Das Bildungsgesetz und die zugehörigen Verordnungen fordern die Gemeinden auf, bis spätestens Schuljahr 2006/2007 die Blockzeiten an allen Schulstufen einzuführen oder davon abweichende Regelungen in den Gemeindeordnungen festzuschreiben. Positive Erfahrungen auf der Primarschulstufe würden auch für die Einführung der Blockzeiten in den Kindergärten sprechen. Das System habe sich bestens bewährt. Die veränderten gesellschaftlichen Bedürfnisse würden auch für die Einführung der Blockzeiten sprechen. Viele teilzeitbeschäftigte Mütter und Väter könnten davon profitieren. Die Attraktivität der Gemeinde würde durch die Blockzeiten ebenfalls gesteigert. Er kenne Personen, die von Allschwil nach Reinach weggezogen seien, da Reinach eine Tagesschule anbiete. Es gebe im Kanton bereits eine grosse Anzahl von Gemeinden, welche die Blockzeiten bereits eingeführt haben respektive definitiv einführen werden. Das Konzept einer internen Arbeitsgruppe sehe vor, dass die Präsenzzeiten der Kinder in den Kindergärten erhöht werde. Dies bedeute pro Woche 27 Lektionen für die Lehrkräfte. An den Vormittagen sehe der Stundenplan Unterricht für alle Kinder vor. Es gebe am Morgen eine „Einlaufzeit“. Ausserdem werde auch ein Abteilungsunterricht angeboten. In diesen Zeiten haben die Lehrkräfte nur jeweils die halbe Klasse. Die umfassenden Blockzeiten mit Unterricht an drei Nachmittagen erfüllen alle Bedingungen für ein erfolgreiches Gelingen. Wichtig sei in diesem Zusammenhang, dass die Blockzeiten der Primarschule mit denjenigen der Kindergärten identisch, also koordiniert sind. Dies trage auch zur Sicherheit der Kinder bei, da alle Kinder gleichzeitig auf dem Schulweg seien. Die Lektionenzahl betrage für die Kinder im ersten Kindergartenjahr 17,3 Lektionen, für die Kinder im zweiten Jahr 19,6. Die Berechnung der Mehrkosten beziehe sich auf 14 Kindergärten. Die Lehrkräfte würden nun neu auf eine Lektionenzahl von 27 Stunden = 100% Pensum angestellt. Bisher gab es Maximalpensen von 22 Stunden = 82.14% Pensum. Die Pensenerhöhung verursache eine Zunahme der jährlichen Lohnsumme um gesamthaft CHF 312'000.--. Ein obligatorischer Einkauf in die Pensionskasse erfolge nicht, da es sich um eine Pensen- nicht um eine Lohnerhöhung handle. Im Jahr 2006, unter Vorbehalt der Annahme durch Einwohnerrat und Volk, würde sich der Mehraufwand auf ca. CHF 130'000.— belaufen, da das Schuljahr erst im August anfangen würde.

EINTRETEN:

**Bruno Steiger**, SD-Fraktion, stellt fest, dass es sich hier vor allem wieder einmal um Mehrausgaben handle. Er sei gespannt, wie das obligatorische Referendum ausgehen werde. Er hält den Vorschlag für eine Luxusvariante. Blockzeiten seien zwar obligatorisch gemäss Bildungsgesetz, aber die Verordnung zum Bildungsgesetz gestatte auch Alternativen. Münchenstein wehre sich zum Beispiel gegen die Blockzeiten. Der Stimmbürger und Steuerzahler müsse auch darauf aufmerksam gemacht werden. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die Verordnung über die Primarschule und den Kindergarten, SGS 641.11, § 31. Dieser gebe auch die Möglichkeit, die Lektionenzahl auf 17 Lektionen zu beschränken. Hier seien aber 27 Lektionen vorgesehen. Dies wundere ihn aber auch nicht, da der Schulrat, der der Vorlage zugestimmt habe, hauptsächlich aus dem „linksbürgerlichen Lager“ komme. Er wolle beliebt machen, dass man auf die günstigere Variante „17 Lektionen“ zurückkomme und die Vorlage in diesem Sinne nochmals überarbeite. Daher sei seine Fraktion gegen EINTRETEN. Er erinnert nochmals an die Eigenverantwortung der Eltern. Es könne nicht sein,

dass die Eltern keine Zeit mehr für die Kinderbetreuung hätten und der Kindergarten die Betreuung übernehmen müsse. Diese Haltung müsse der Steuerzahler zahlen. Er glaubt, dass den Kindern auch mit der günstigeren Variante gut gedient sei.

**Werner Schwarz**, SVP-Fraktion, schliesst sich namens seiner Fraktion der Haltung des Gemeinderates an. Nachdem man vor fünf Jahren die Blockzeiten mit grossem Erfolg an der Primarschule eingeführt habe, sei es eine logische Folge, dass man die Blockzeiten auch im Kindergarten einführe. Als Schulrat sieht er die individuelle Förderung der Kinder und die bessere Nutzung der Ressourcen als grossen Vorteil.

**Iris Zihlmann**, Präsidentin, lässt über den Antrag von Bruno Steiger, SD-Fraktion, abstimmen.

://:

Der Antrag von Bruno Steiger, SD-Fraktion, auf Nichteintreten **wird mit grosser Mehrheit** gegen 3 Ja-Stimmen abgelehnt.

#### DETAILBERATUNG

Für **Catherine Hosang**, CVP-Fraktion, liegt es auf der Hand, dass sich der Kindergarten an die Primarschule anpasst und ebenfalls die Blockzeiten einführt. Man dürfe vor der gesellschaftlichen Entwicklung und der Änderung der Familienstrukturen nicht die Augen verschliessen. Mit der Abstimmung der Anfangs- und Schlusszeiten von Kindergarten und Primarschule erleichtere man den Eltern die Organisation des Tagesablaufs. Die Kinder könnten in Gruppen den Schul- und Heimweg antreten. Dies trage zur Sicherheit der Kinder bei. Ausserdem könne man mit den Blockzeiten den Bildungsauftrag für vermehrte individuelle Förderung der Kinder besser umsetzen.

**Alice Märky**, FDP-Fraktion, hält fest, dass ebenso wie auf anderen Ebenen auch im Schulwesen Umstrukturierungen stattfinden müssten. Die Einführung der Blockzeiten berücksichtige die geänderten Gesellschaftsstrukturen. Vor allem teilzeitbeschäftigte Mütter seien froh, wenn sie die Kinder alle zur gleichen Zeit in die Schule schicken könnten. Gegen solche Entwicklungen solle man sich nicht wehren. Die FDP-Fraktion sei klar für die Blockzeiten im Kindergarten.

**Karin Käser**, SP/EVP-Fraktion, nimmt Stellung als teilzeitbeschäftigte Mutter von drei Kindern. Der Kanton schreibe die Einführung der Blockzeiten vor. Mit den Blockzeiten könne man den gesteigerten Anforderungen an die Schüler besser gerecht werden. Der Kindergarten sei die erste Stufe unseres Bildungssystems. Fremdsprachige Kinder könnten so besser gefördert und integriert werden. Der Schulweg könne mit den älteren Geschwistern bewältigt werden, der Schulalltag laufe ruhiger ab. Für berufstätige Eltern sei die Organisation der Fremdbetreuung besser zu organisieren. Die Kindergärtnerinnen hätten Angst, dass bei einer Ablehnung der Blockzeiten, der Abteilungsunterricht an den Nachmittagen gestrichen werde. Ausserdem sei ein 100% Pensum für die Lehrkräfte attraktiv und sei für eine Stellenausschreibung günstig. Die Angst der Eltern vor einer Überforderung der Kinder sei unbegründet, da die Lehrkräfte das Programm anpassen könnten. Untersuchungen hätten ergeben, dass die Ängste unbegründet seien. Die SP/EVP-Fraktion werde der Einführung der Blockzeiten zustimmen.

**Bruno Steiger**, SD-Fraktion, erkundigt sich, wie das in der Vorlage formulierte Unterrichtsfach „Deutsch als Zweitsprache (früher Mundartunterricht)“ zu verstehen sei.

**Heinz Giger**, führt dazu aus, dass fremdsprachige Kinder einen speziellen Unterricht von einer Fachperson erhalten, um besser Deutsch/Schweizerdeutsch lernen zu können.

**Bruno Steiger**, SD-Fraktion, fragt nach, ob damit gemeint sei, die Kinder sollten zuerst ihre eigene Sprache erlernen und dann erst Deutsch (ähnlich der Philosophie in Basel-Stadt).

**Heinz Giger**, Departementsvorsteher Bildung-Erziehung-Kultur, empfiehlt, für Detailfragen eventuell die Lehrkräfte direkt anzusprechen. Es gehe hier einfach darum, die fremdsprachigen Kinder schnellstmöglich mit der deutschen Sprache vertraut zu machen.

**Jean-Jacques Winter**, SP/EVP-Fraktion, erläutert aus seiner Sicht als Lehrer die Frage. Es gehe zum Beispiel auch darum, französisch-sprachige Schweizer Kinder nach einem Zuzug nach Allschwil Deutsch zu vermitteln. Ebenso hätten auch Kinder aus dem Tessin bereits diesen Zusatzhilfe in Anspruch nehmen können.

**Arnold Julier**, Departementsvorsteher Soziale Dienste, betont nochmals, dass es eben nicht nur um ausländische Kinder gehe sondern auch um anderssprachige Schweizer Kinder. Ziel sei, dass die Kinder dem Unterricht schneller und besser folgen könnten.

://:

1. Der Einführung umfassender Blockzeiten an den Kindergärten Allschwil im Sinne des Bildungsgesetzes (mit Unterricht an fünf Vormittagen und an drei Nachmittagen) ab Schuljahr 2006/2007 wird **mit 30:2 Stimmen zugestimmt**.
2. Den jährlich wiederkehrenden zusätzlichen Lohnkosten wird **mit 31:3 Stimmen zugestimmt** (rund CHF 312'000.00 pro Jahr, Kostenstand 2004, ohne Berücksichtigung einer allfälligen Teuerung).
3. **Einstimmig wird beschlossen**: Gemäss § 12 Abs. 1 lit. h der Gemeindeordnung vom 11. November 1998 unterliegen die vorstehenden Beschlüsse gemäss Ziffern 1 und 2 dem obligatorischen Referendum.
4. Der Gemeinderat wird **einstimmig** mit der Durchführung der Volksabstimmung beauftragt.

**Iris Zihlmann-Glanzmann**, Präsidentin, beschliesst die Sitzung um 21.10. Uhr.